



3-2021

14. Juli 2021

## Hilfspaket für Kinder und Jugendliche

**Hannover** - In den langen Monaten der Corona-Pandemie haben die Kinder und Jugendlichen ganz besonders unter den Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung gelitten. Neben den schulischen Herausforderungen des Distanzunterrichts waren vor allem die Kontaktbeschränkungen schwer für sie.

Die Niedersächsische Landesregierung hat daher das breit angelegte Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ mit einem Volumen von 222 Millionen Euro vorgestellt, das Kinder und Jugendliche in Niedersachsen bei der Bewältigung der Corona-Folgen unterstützt. Die 122 Millionen Euro des Bundes wurden um 100 Millionen Euro aus Landesmitteln aufgestockt. Von der Gesamtsumme gehen 189 Millionen Euro in den Kulturbereich, 33 Millionen unterstützen die Kinder- und Jugendhilfen.

Das Paket betont den Ansatz der ganzheitlichen Unterstützung der Kinder und Jugendlichen. Der Schwerpunkt liegt dabei nicht allein auf der zweifelsohne wichtigen Lernförderung. Die Maßnahmen zur psychologischen und emotionalen Förderung sowie die Entlastung der Lehrkräfte durch zusätzliches, unterstützendes Personal sind nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion ebenso bedeutsam: „Sie sichern den Kindern und Jugendlichen ihre Lebenschancen, geben Selbstvertrauen zurück und fördern den Austausch über Er-

lebtes und Bevorstehendes“, heißt es in einer Mitteilung der Fraktion.

Kinder und Jugendliche bräuchten nach den schweren vergangenen Monaten keinen zusätzlichen Druck. Das 11-Punkte-Programm der Sozialministerin gehe auf die vielschichtigen Bedürfnisse der jungen Menschen ein. Besonders die Einbeziehung der etablierten Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe stelle dabei sicher, dass die Unterstützung zielgerichtet dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

### Das 11-Punkte-Programm geht auf die vielschichtigen Bedürfnisse junger Menschen ein

Zum Programm gehört auch die Aktualisierung der Richtlinie „Sächliche Schutzausstattung für Schulen“. Der nun ebenfalls förderungsfähige Einbau einfacher Zu-/Abluftanlagen für eingeschränkt belüftbare Klassenräume der Schuljahrgänge 1 bis 6 ist nach Ansicht der SPD-Fraktion eine leicht umzusetzende Alternative und Ergänzung zum Neueinbau von stationären raumlufttechnischen Anlagen, die über das Bundesprogramm gefördert

werden. Das Land übernimmt für diese Fensterventilatoren ebenfalls 80 Prozent der Kosten, sodass sie für die Schulträger gut finanzierbar sei.

Ein ist dabei aber klar: Ventilatoren und Filter können nur eine Ergänzung zum Lüften sein. Regelmäßiges Lüften im Klassenzimmer bleibt der Schlüssel für saubere Atemluft.

*Johanne Modder*

*Bald ist es so weit: Die Sommerferien beginnen - und wenn alles gut geht, können wir uns alle auf einen Urlaub mit wenigen Einschränkungen freuen.*

*Wir dürfen aber nicht zu sorglos sein. Die Delta-Variante ist gefährlich, die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir tun alles, um bestens vorbereitet in das neue Schuljahr zu gehen und wollen neue Schulschließungen verhindern.*

*Aber egal, was wir machen: Wir werden die Pandemie nur im Griff behalten, wenn sich möglichst viele Menschen und auch Jugendliche impfen lassen. Darum möchte ich alle bitten, sich komplett impfen zu lassen - fast überall jetzt genug Impfstoff da.*

*Die Fußball-EM hat gezeigt, dass echte Teams erfolgreich sind, Ich bin überzeugt davon, dass wir in Niedersachsen als Mannschaft die Corona-Pandemie überwinden. In diesem Sinne: Schöne Ferien!*

*Johanne Modder*



Gruppenbild vor dem möglichen Standort des digitalen Dorfladens in der Ortsmitte von Wymeer mit (von links) Ratskandidat Rainer Wilken, Ortsvorsteher Georg Huisinga, Uwe Sap, Birgit Honé und Hanne Modder.

## Feuer und Flamme für einen digitalen Dorfladen in Wymeer

**Bunde/Wymeer** - Feuer und Flamme zeigte sich die niedersächsische Europa- und Regionalministerin Birgit Honé für das Projekt von SPD-Bürgermeisterkandidat Uwe Sap, in Wymeer einen digitalen Dorfladen mitten im Ort aufzubauen. „Ich bin Anhängerin der Dorfkultur und sehe Möglichkeiten, ein solches Projekt zu unterstützen“, meinte Honé, die auf Einladung von Hanne Modder nach Wymeer gekommen war.

Uwe Sap das Projekt des digitalen Tante-Emma-Ladens vorgestellt - er kommt ohne Personal aus, der Einkauf läuft digital und ohne Bargeld. Sap und Honé hoffen, dass sich ein solcher Laden zu einem Treffpunkt in der Dorfmitte entwi-

ckelt. „Das ist die beste Lösung für diesen Standort. Tradition und Moderne verbinden, das ist die Lösung. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht“, meinte Honé.

Die zweite Station der Ministerin war das Rathaus in Bunde, wo Honé gemeinsam mit Bürgermeister Gerald Sap, Uwe Sap, Ilona Heyen von der Ems-Dollart-Region und Hanne Modder über die Zukunft des europäischen Grenzförderprogramms Interreg und das von den Kommunen aufmerksam beachtete Innenstadtprogramm der Landesregierung diskutierte. Bunde hat Pläne, dieses Programm gemeinsam mit Jemgum zu nutzen.



Diskussionsrunde im Rathaus (von links): Bürgermeister Gerald Sap, Birgit Honé, Uwe Sap, Interreg-Geschäftsführerin, Ilona Heyen und Hanne Modder.

# Minister unterstützt Ziegelei-Projekt in Midlum



Führung durch die Ziegelei (von links): Paul Zimmer, ehemaliger Ziegeleiarbeiter und Mitglied des Ziegeleivereins, SPD-Kreisvorsitzende und Kreistagsmitglied Anja Troff-Schaffarzyk, Minister Björn Thümler und Hanne Modder.

**Jemgum** – Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümler unterstützt das Projekt „Ziegelei Midlum“. „So etwas ist nicht häufig in Deutschland anzutreffen“, sagte der Wissenschaftsminister, der auf Einladung von Hanne Modder in die Gemeinde Jemgum kam. Er könne sich gut vorstellen, dass es für das Projekt Zuschüsse vom Bund gebe. Zudem biete sich die Ziegelei als außerschulischer Lernort an, meinte Thümler.

Bürgermeister Gerd-Udo Heikens stellte dem Minister und Vertretern aus dem Rat der Gemeinde Jemgum das Projekt „mit Strahlkraft weit über die Region hinaus“ vor. Unter dem Titel „Von der Ziegelei zur Biosphäre zeichnete er noch einmal die Geschichte der Ziegelei nach. Nach langem Hin und Her befindet sich die Ziegelei seit 2017 im Besitz der Gemeinde Jemgum. Der Umbau zu einem Museum mit Gastronomie



Paul Zimmer erzählte aus der Zeit, als die Ziegelei noch produzierte - Minister Thümler war sichtlich beeindruckt.

und Lernort werde rund fünf Millionen Euro kosten, meinte Heikens. Dabei werden verschiedene Partner wie der Ziegelei-Verein, die Nationalparkverwaltung und die Gemeinde zusammenarbeiten.

In der Diskussion zeigte sich, dass nicht nur die Investitionen für Umbau und Sanierung, sondern auch die Betriebskosten in den Blick rücken müssen. Darauf wies auch der Minister hin, der sich bei einem Rundgang über das Gelände sehr beeindruckt von der Fabrik zeigte.

„Ich freue mich, dass das Projekt die Unterstützung des Wissenschaftsministeriums hat. Das kann eine echte Perle werden. Dabei ziehen alle Parteien an einem Strang“, meinte Hanne Modder.



Die Ziegelei Cramer im Midlumer Deichvorland.

# SPD will Erdgasbohrungen vor Borkum nicht zulassen



Ein niederländisches Unternehmen möchte vor Borkum nach Erdgas bohren.

Bild: Babs Müller auf Pixabay

**Borkum/Hannover** – Die SPD-Landtagsfraktion lehnt die geplante Erdgasförderung vor Borkum entschieden ab und will keine neuen Bewilligungen und Tiefbohrungen für die Erdgasfelder im niedersächsischen Küstengebiet zulassen.

Das niederländische Unternehmen ONE-Dyas B.V. möchte 500 Meter von der deutschen Seegrenze entfernt auf niederländischem Gebiet eine Förderplattform errichten, die mittels horizontaler Bohrungen auch unter deutschem Hoheitsgebiet Erdgasvorkommen abbauen soll. Das betreffende Gebiet

N05-A liegt in direkter Nachbarschaft zum Nationalpark Wattenmeer und dem Naturschutzgebiet „Borkum Riff“. Die Umsetzung dieses Projekts würde durch Emissionen und mögliche Unfälle eine reale Gefahr für den gesamten Naturraum bedeuten.

Gleichzeitig ist der volkswirtschaftliche Nutzen gering und steht im direkten Widerspruch zu den Zielen der Energiewende, so die SPD, die einen Antrag gemeinsam mit dem Koalitionspartner im Plenum eingebracht hat.

## Dreimal 400.000 Euro für Turnhallen im Landkreis Leer

**Leer** – Das Land Niedersachsen fördert mit jeweils 400.000 Euro den Neubau der Turnhalle in Völlenerfehn sowie die Sanierung der Turnhallen der Grundschule in Ostrhauderfehn und der Eichenwall-Grundschule in Leer. Das teilt die SPD-Landtagsabgeordnete Hanne Modder (Bunde) mit. „Wie wichtig Sport und Bewegung für die Gesundheit und das Miteinander der Menschen sind, haben wir während der Coronapandemie gespürt. Ich freue mich daher sehr, dass drei Projekte im Landkreis Leer über das Sportstättenanierungsprogramm bezuschusst werden können“, meinte Modder. Die Turnhallen in Völlenerfehn und Ostrhauderfehn sind 1967 gebaut worden, die Turnhalle in Leer 1976. Sie sind damit allesamt in die Jahre gekom-

men. Durch die Sanierung beziehungsweise den Neubau werde die Sportstätteninfrastruktur erhalten, so Modder. Die 400.000 Euro entsprechen der Maximalförderung, die das Programm zulässt.

Mit dem Sportstättenanierungsprogramm in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro von 2019 bis 2022 unterstützt das Land in diesem Jahr 55 kommunale Projekte. Dafür stehen insgesamt 19 Millionen Euro zur Verfügung. Das Interesse war groß: Es lagen 114 Anträge von Landkreisen, Städten und Gemeinden mit einer Fördersumme von mehr als 40 Millionen Euro vor. „Ich freue mich daher sehr, dass diese drei Projekte berücksichtigt werden konnten“, so Modder.

# SPD stellt 7-Punkte-Aktionsplan für den Lebensmittelmarkt vor



Auch sie sollen vom Aktionsplan der SPD-Landtagsfraktion profitieren...

**Hannover** – Um mehr Respekt, Fairness und Transparenz im Lebensmittelmarkt durchzusetzen, hat die SPD-Fraktion einen 7-Punkte-Aktionsplan entwickelt

## 1. Verhaltenskodex für mehr Wertschätzung beschließen

Die SPD-Fraktion will den erfolgreichen Niedersächsischen Weg weitergehen. Landwirtschaft, Lebensmitteleinzelhandel, Verarbeitende sowie Natur- und Verbraucherverbände sollen einen gemeinsamen Verhaltenskodex vereinbaren, der mehr Respekt und Wertschätzung für die Erzeugerinnen und Erzeuger schafft. Darin sollen der freiwillige Verzicht auf Billigwerbung für Gemüse, Obst sowie Milch- und Fleischprodukte, die Kennzeichnung von Erlösanteilen für Produzierende und lebensmittelbezogene Mindestpreise festgelegt werden. Hierzu hat es bereits erste Veranstaltungen gegeben.

## 2. Dem Markt klare Grenzen setzen

Die EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken muss konsequent umgesetzt werden. Vor allem der Verkauf von Lebensmitteln unterhalb der Produktionskosten darf nicht so bleiben. Daher sieht der Aktionsplan kosten- und existenzsichernde Mindestpreise vor, die von Bundesprüfstellen festgelegt und kontrolliert werden.

## 3. Durch mehr Transparenz Einkommen sichern

Für bewusste Entscheidungen brauchen Verbraucher\*innen möglichst viele Informationen. Dafür ist ein verpflichtender, verlässlicher und leicht verständlicher Herkunftsnachweis für hochwertige deutsche und regionale Produkte nötig.

## 4. Regionale Produkte stärken

Dezentrale Strukturen bei der Herstellung und dem Vertrieb bieten kurze Wege und stellen eine Verbindung zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern auf der einen Seite und Verbrau-

cherinnen und Verbrauchern auf der anderen Seite her. Die regionale Direktvermarktung und kleine Verarbeitungsbetriebe im ländlichen Raum sollen gesetzlich gefördert werden. Auch sollten Supermärkte einen festen Anteil von Lebensmitteln an der Region anbieten.

## 5. Lebensmittel wertschätzen – Verschwendung bekämpfen

Jedes dritte Lebensmittel, das in Deutschland gekauft wird, landet im Müll. Über die Hälfte dieser 18 Millionen Tonnen wäre noch genießbar. Um diese Lebensmittelverschwendung effektiv zu bekämpfen, setzt die SPD-Fraktion auf eine breite Informationskampagne über den Wert und richtigen Umgang mit Lebensmitteln. Denn rund die Hälfte aller Verbraucherinnen und Verbraucher fühlt sich bei diesem Themenbereich unsicher. Zusätzlich sollen Einsparpotenziale in der Herstellung ausgemacht und daraus verbindliche Ziele und Maßnahmen abgeleitet werden. Im Handel gilt für überschüssige, noch essbare Lebensmittel: Spenden statt Entsorgen.

## 6. Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterbinden

Beschäftigte in der Erzeugung und Produktion von Lebensmitteln müssen anständig bezahlt und menschenwürdig untergebracht werden. Es braucht dafür entsprechende Gesetze, die konsequent durchgesetzt werden.

## 7. Verlässlichkeit für nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft garantieren

Der Aktionsplan will die Agrarförderung stärker nach dem Gemeinwohl und der Zukunftsfähigkeit ausrichten. Grundlage ist dabei eine qualifizierte Abwägung zwischen der Wirtschaftlichkeit eines Betriebs und seinen Auswirkungen auf Tierwohl, Klima, Umwelt und Sozialstandards.

## Aufbereitetes Abwasser als Alternative

**Hannover** - Durch die Folgen des Klimawandels wird die Ressource Wasser immer wertvoller. Lange Hitzeperioden und wenig Niederschlag haben in den letzten Jahren die Grundwasserstände in vielen Regionen deutlich sinken lassen. Klimaanalysen prognostizieren für die Zukunft einen weiteren Anstieg der Durchschnittstemperatur. Ein weiterer Faktor für den sinkenden Grundwasserpegel sind nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion steigende Entnahmemengen in der Trockenzeit, etwa zur Bewässerung von Agrarflächen. Genau hier will man ansetzen und prüfen, inwieweit die Verwendung von aufbereitetem Abwasser in der Landwirtschaft einen Beitrag zur Schonung der Grundwasserressourcen

leisten kann. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht.

Die bisherige, dreistufige Klärung von Abwasser ist nicht dafür ausgelegt, um eine ausreichende Verwendungssicherheit in der Landwirtschaft zu garantieren. Darum will man Pilotprojekte mit einer vierten Reinigungsstufe fördern, die auch Spurenstoffe von Medikamenten, Bioziden und Pestiziden bis zu 90 Prozent herausfiltern. Die Sicherheit im Sinne des Vorsorgeprinzips habe dabei höchste Priorität, so die SPD-Fraktion.

## Kita-Gesetz verabschiedet: Entlastung für die Erziehenden

**Hannover/Ostfriesland** - „Mit der Verabschiedung des Kita-Gesetzes im Landtag haben wir einen klaren Fahrplan für die Einführung der dritten Kraft in allen Kitas festgelegt. Die Maßnahmen des Stufenplans entlasten die Erziehenden in ihrer täglichen Arbeit und schaffen so mehr Raum für die individuelle Förderung unserer Kleinsten“, meint die SPD-Landtagsfraktion.

Ziel des Stufenplans ist es, die Mindeststandards für den Fachkraft-Kind-Schlüssel – also die Qualität der Betreuung in den Kitas – schrittweise zu verbessern. Die ersten beiden Stufen sind nun Teil des Gesetzes. Stufe 1 fördert die Schaffung von mindestens 2.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen ab dem 1. August 2023. In der zweiten Stufe greift die volle Finanzierung von Drittkräften mit maximal 20 Wochenstunden ab 1. August 2027.

Zusätzlich sind im Gesetz weitere Schritte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sowie neue Mindeststandards für die

Betreuungsqualität in der Kindertagespflege und in den Kindertageseinrichtungen enthalten. Dazu zählen unter anderem der weitere Ausbau der vollschulischen Ausbildungskapazitäten, der begleitende Ausbau eines dualisierten Systems und die Gleichstellung von Rand- und Kernzeiten hinsichtlich der Personalausstattung.

In den vergangenen Jahren sind die Betreuungsangebote für Kinder in Niedersachsen bereits stark ausgebaut worden. Dadurch ist ein großer Bedarf an Fachkräften entstanden, der momentan nicht gedeckt werden kann. Der Stufenplan gibt aber Zeit, möglichst viele Menschen zu Erzieherinnen und Erziehern auszubilden.

„Durch die finanziellen Belastungen der Corona-Krise ist der Spielraum im Landeshaushalt stark eingeschränkt worden. Trotzdem tun wir das Bestmögliche für die Bildung aller Kinder in Niedersachsen“, heißt es in der Mitteilung der SPD-Landtagsfraktion.

## Mit regionalen Gesundheitszentren Versorgung auf dem Land verbessern

**Hannover/Ostfriesland** - Das Aufbrechen der starren Trennung zwischen stationärem und ambulanten Sektor ist nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion der Schlüssel für eine zukunftsfähige medizinische Versorgung im ländlichen Raum. „Mit der Schaffung Regionaler Gesundheitszentren gehen wir neue Wege, um die knapper werdenden Personalressourcen in der Fläche effektiver einzusetzen“, so die SPD. Der entsprechende Antrag wurde jetzt im Landtag beschlossen.

Regionale Gesundheitszentren sind durch ihre ambulante Rund-um-die-Uhr-Versorgung, eine bettenführende Pflegeeinheit und optionale Erweiterungen eine gute Lösung für alle Regionen, wo der Erhalt eines Krankenhauses langfristig infrage steht oder entsprechende Angebote bislang fehlen.

Das Konzept der Regionalen Gesundheitszentren orientiert sich an den Empfehlungen des Sachverständigenrates im Gesundheitswesen auf der Bundesebene.

# Landtag will Mandatsträger besser schützen

**Hannover/Ostfriesland** - In den letzten Jahren haben Hassnachrichten, Bedrohungen und Gewalt gegen Mandatsträgerinnen und -träger deutlich zugenommen. Vor allem ehrenamtlich engagierte Menschen auf kommunaler Ebene sind regelmäßig Ziel von aggressiven Anfeindungen, die immer öfter den digitalen Raum der sozialen Netzwerke verlassen und in physische Angriffe übergeben. Sie und ihre Familien sind dem Terror besonders unmittelbar ausgesetzt, mit dem Tag für Tag die Axt an unsere Demokratie angelegt wird.

Der Landtag hat daher einen Antrag verabschiedet, der zahlreiche Maßnahmen zum Schutz der Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer freiheitlichen Gesellschaft bündelt.

„Wir stehen fest an ihrer Seite. Grundsätzlich müssen die Hürden für eine strafrechtliche Prüfung abgesenkt und die Strafverfolgung schlagkräftiger werden. Betroffene sollen einfacher und schneller Hilfe erhalten. Nur gemeinsam können wir dem Hass eine klare Absage erteilen“, heißt es in einer Mitteilung der SPD-Landtagsfraktion.

## Vorreiter beim Kampf gegen Plastikmüll

**Hannover** - Viele Einwegplastikprodukte gehören jetzt der Vergangenheit an. Wegwerfprodukte wie Trinkhalme, Plastikbesteck oder Luftballonstäbe aus Kunststoff sind seit dem 3. Juli genauso verboten wie etwa Rührstäbchen für den Kaffee, Styroporbecher und -behälter für Essen zum Mitnehmen. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die konsequente Umsetzung der europäischen Richtlinie ausdrücklich: „Das Einwegplastikverbot ist ein wichtiges Signal für den Schutz unserer Umwelt und ein deutliches Zeichen für mehr Nachhaltigkeit. Der Wegfall vieler Einwegartikel sagt der leider nach wie vor viel zu weit verbreiteten Wegwerfmentalität den Kampf an“, heißt es in einer Mitteilung der SPD-Fraktion.

Die Bemühungen zur Vermeidung von Plastikmüll dürfen nach Ansicht der SPD jetzt aber nicht nachlassen. „Wir wollen zum Vorreiter in der Plastikbekämpfung werden.“ Auch in Nieder-

sachsen werden wir unser Ziel weiter forcieren, Plastikmüll drastisch zu reduzieren“, so die SPD.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nennen konkrete Ansätze: „Dies kann durch die weitere Etablierung von Mehrwegsystemen, innovative Technologien, alternative Materialien und eine deutlich höhere Recyclingquote gelingen.“

Zugleich betont die Fraktion auch die Verantwortung der Wirtschaft auf der einen Seite sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite: Notwendige Verbote könnten nur ein Teil des Kampfs gegen den Plastikmüll sein. Es müsse auch ein generelles Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Gleichzeitig gelte es, dem teilweise illegalen und unsachgemäßen Export von Plastikmüll endlich einen Riegel vorzuschieben, so die SPD.

### Kontakt zu Hanne

**Fraktionsbüro  
Hannover:**  
Marion Glufke  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
0511-30304035  
[johanne.modder@lt.niedersachsen.de](mailto:johanne.modder@lt.niedersachsen.de)

**Wahlkreisbüro Leer:**  
Heiner Schröder  
Bianca Yzer  
Friesenstraße 58  
26789 Leer  
0491-99755443 (Bianca)  
0491-99755444 (Heiner)  
[buero@johanne-modder.de](mailto:buero@johanne-modder.de)

**Internet Hanne**  
[www.johanne-modder.de](http://www.johanne-modder.de)

**Internet Fraktion**  
<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>

**Facebook Hanne**  
[www.facebook.com/johanne.modder](https://www.facebook.com/johanne.modder)

**Facebook Fraktion**  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)

**Impressum:**  
Verantwortlich:  
Johanne Modder

**Redaktion** (Texte und Bilder, wenn nicht anders vermerkt):  
Heiner Schröder